

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Saben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto: Geb. Anstalt, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnement: einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Stadtschau“ und „Golf und Sport“ für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 5261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsdruckerei: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 5261 und 1270, Betriebszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Kommazeile 20 Pf., die 10 mm breite Kommazeile 15 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf. und 2 Pf. Namunterstützung, Streifen- und Werbegelände 40 Pf. Rabatt für Briefwechselungen 10 Pf.

Nr. 273

Dresden, Mittwoch den 24. November 1926

37. Jahrg.

## Ein Weltreich im Umbau

Von unserm englischen Mitarbeiter.

S. London, 22. November.

Mit der Veröffentlichung des Berichts der Kommission der Vizepräsidenten des britischen Weltreichs ist die Aufgabe der Weltreichskonferenz abgeschlossen. Sie endet mit der Formulierung von einer Reihe von Resolutions, die beweisen, daß die angelsächsischen Staatsmänner das Verständnis für die Notwendigkeiten der Stunde nicht eingebüßt haben. Wenigstens, soweit die Beziehungen zwischen Mutterland und den sich selbst regierenden Dominions in Betracht kommen. Im Gegensatz zu den Erwartungen und Forderungen haben sich in den entscheidenden Fragen des Umbaus der Beziehungen zwischen Mutterland und Dominions die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Auffassungen Londons, Kanadas, Südafrikas und dem irischen Freistaat nicht als unüberwindbar gezeigt.

Die Arbeit der Konferenz schließt mit einer entscheidenden Verbesserung der Beziehungen zwischen Großbritannien und Irland und Südafrika. Während die vor drei Jahren abgehaltene Konferenz nach einem Worte Harbins „in einer geistigen Konvention, einer keuschen Abfälligkeit und einer Lähmung in allen wesentlichen Entscheidungen“ endete, hat die gegenwärtige Konferenz diesen toten Punkt, auf dem das Weltreich angekommen zu sein schien, überwunden. Freilich nur, soweit London und die Dominions in Frage kommen. In die wesentlichen Lebensfragen des britischen Weltreichs, die Lösung der indischen und ägyptischen Frage, des unruhigen Fragenkomplexes der gelben und schwarzen Rassen und ihrer Stellung zum „Empire“, hat die Konferenz nicht berührt. Trotz den Schwierigkeiten mit Irland und den größeren mit Südafrika ist das „Empire“ hier in seinem Bestand nicht bedroht, und nur völlige Unkenntnis der Tatsachen hat die kulturelle und teilweise wirtschaftliche Durchdringung Kanadas von den Vereinigten Staaten her zu einem unmittelbaren, das Empire gefährdenden Problem gemacht. Die wirkliche Lebensfrage des Empire liegt nicht hier, in den Dominions, sondern in Indien und Ägypten, in Malakka, Sudan usw. Dieses Problem ist von den führenden Staatsmännern kaum angechnitten, geschweige denn gelöst worden. Darum ist es zu früh wenn man meinte, die Konferenz habe die Weltreichsfrage gelöst. Die Zulassung des Empire durch diese Konferenz gebannt sei. Was die Konferenz inhaltlich an Neuem gebracht hat, das ist in den abschließenden Feststellungen des Berichts der Vizepräsidenten wie folgt zusammengefaßt: „Nichts wäre damit gewonnen, wenn man versuchen wollte, eine Verfassung für das britische Empire festzulegen. Seine so weit auseinanderliegenden Teile besitzen äußerst verschiedenartige Eigenheiten, sie haben eine äußerst verschiedene Geschichte und befinden sich in äußerst verschiedenen Entwicklungshadien.“

Die Gruppe der sich selbst regierenden Gemeinwesen, bestehend aus Großbritannien und den Dominions, besteht aus autonomen Gemeinwesen innerhalb des britischen Empire, sie befinden sich in gleicher Stellung, sind in keiner Weise — was ihre Innenpolitik und ihre auswärtigen Beziehungen anbelangt — einander untergeordnet, jedoch durch ihre gemeinsame Zugehörigkeit zur Krone geeinigt und aus eigenem Willen heraus als Mitglieder verbunden. Jedes Mitglied des Empire, das sich selbst regiert, ist nunmehr Herr seines eigenen Schicksals. Es ist, in facto, wenn auch nicht immer in der Form, keinerlei irgendwie gearteter Zwang unterworfen. Gleichheit in der Stellung ist somit das Grundprinzip, das für die interstaatlichen Beziehungen der Mitglieder des Empire maßgebend ist. Damit sind in aller Form die Freiheit und die Gleichstellung der selbstregierenden Dominions erklärt.

Aber dieses „Prinzip der Gleichheit“ bezieht sich auf die Stellung und nicht allgemein auf die Funktionen der einzelnen Mitglieder. Das heißt zum Beispiel, daß die Funktion des Mutterlandes bei diplomatischen Verhandlungen und hinsichtlich der militärischen Aufgaben bedeutungsvoller bleibt als etwa die Kanadas oder Australiens. Das Komitee empfiehlt dagegen eine leichte Aenderung im Titel des Königs. Anstatt der bisherigen Formel, die von einem „vereinigten Königreich“ sprach, ist Georg V. nunmehr König „Großbritanniens und Irlands und der britischen Dominions“ usw. Der Bericht des „United Kingdom“, der „Vereinigten Monarchie“, hat damit offiziell zu erklären aufgehört.

Wichtig ist die nächste Empfehlung. Der Bericht betont, daß die Generalgouverneure der Dominions, die von London aus ernannt werden, die gleiche Stellung zur Politik des Landes einnehmen haben wie der britische König innerhalb Großbritanniens. Sie hören also von dem Augenblick der Verwirklichung dieser Empfehlungen an, „Vertreter oder Agenten“ der britischen Regierung, aber nicht des Königs zu sein. Diese neue Regelung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, und das ist die dritte und vielleicht wesentlichste Aenderung, die die Konferenz mit sich gebracht hat, daß damit der letzte Rest der veralteten, unzulässigen Übertragung der Londoner Zentralregierung über die Regierungen der Dominions zu bestehen aufgehört hat.

Der Bericht stellt ferner fest, daß jedes Dominion das Recht haben soll, mit auswärtigen Ländern selbständig

zu verhandeln und Verträge mit diesen Ländern in allen Fragen abzuschließen, die die Interessensphäre des betreffenden Dominions betreffen. Das ist die vierte wesentliche Aenderung, die für die Zukunft vorgesehen ist. Mit größtem Nachdruck betonen die Vizepräsidenten der Dominions die Notwendigkeit, das System der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Gliedern des Weltreichs auszubauen, und drücken zum Schluß den Wunsch aus, neben diesen zwischenstaatlichen Verhandlungen einen „engeren persönlichen Kontakt sowohl in London als in den Hauptstädten der Dominions“ herzustellen.

Auf eine kurze Formel gebracht ist das Ergebnis der Konferenz: ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen London und den Dominions. Die wirklichen Schicksalsfragen des Empire sind damit allerdings um keinen Schritt ihrer Lösung näher gekommen. Sie lagen außerhalb des Rahmens dieser Empire-Konferenz, die nichts als eine Konferenz der Dominions war.

## Strefemanns Subventionsandal

Der Reichsaussenminister hat bisher nicht geantwortet, seiner Erklärung vor dem Auswärtigen Ausschuss über sein Verhältnis zur Deutschen Allgemeinen Zeitung vor der Öffentlichkeit weitere Einzelheiten hinzuzufügen. Er zieht es scheinbar vor, den Skandal zunächst weiter wachsen zu lassen, obwohl er jetzt zum Himmel sinkt und bereits in den allerersten Tagen die Fraktionen des Reichstags mit dem Ziel der endgültigen Klärung beauftragt dürfte. Die Germania sieht dieses Ziel in der Forderung, das „Volksparteiliche Geschäft“ — es ist in der Tat nichts anderes — rückgängig zu machen. Die demokratische Presse schließt sich dieser Forderung an und sie findet ebenso Anhang bei einzelnen Organen der Rechtsparteien. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß für die Zukunft die Bewilligung von Dispositionsfonds durch den Reichstag an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden muß, wenn sich das Parlament nicht wieder in der unerhörtesten Weise hinter das Licht führen lassen will und die Wiederholung eines ähnlichen Vorfalls ausgeschlossen bleiben soll. Es muß ein für allemal die Möglichkeit unterbunden werden, daß mit Reichsgeldern einzelne Organe unter der Vorherrschaft bestimmter außenpolitischer Interessen aufgekauft werden, und in Wirklichkeit nichts anderes sind als Parteiorgane.

## Besprechung der Außenpolitik

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Kustakt zur außenpolitischen Aussprache im Reichstage. Eine laute Stimmung liegt über dem Hause. Die Sitzung fängt lebhaft an. Der Bayerische Volkspartei-Emminger ist ausserorden, eine gemeinschaftliche Erklärung der Regierungsparteien als Zustimmung zur Regierungspolitik zu verlesen. Die Erklärung enthält nur Selbstverständlichkeiten, und die Stimmfähigkeitsbereitschaft des Herrn Emminger ist nicht geeignet, dieser Erklärung lebhafter Anteilnahme zu verschaffen. Dann eine Rede des deutschnationalen Außenpolitikers Professors Goeyckh, der Opposition zu schaukeln versucht. Die Herren Helfferich Nachfolger sind nicht mehr wegen einer Verständigung mit Frankreich, aber die Friedensarbeit geht ihnen auf einmal nicht rasch genug. Man erinnert sich jedoch, daß unter deutschnationaler Regierungskunst der Beg noch Locarno Monate um Monate gedauert hat und die deutschnationalen mitunter sich in die Büsche schlagen, noch ehe das Ziel erreicht war. Gelächter gab es, als Herr Goeyckh so etwas wie internationale Verhandlungen auch für seine Partei in Anspruch nimmt, also etwa eine nationalistische oder gar eine deutschnationale Internationale. Und schließlich der Mehrschluß: wir treiben nationale Opposition, nur um unsere Außenpolitik bald in der Regierung fortzusetzen. Unmittelbar danach spricht Strefemann. Der vielgewandte Redner hat keinen guten Tag. Er scheint müde oder leidend zu sein. Seine Rede ist kurz und an mehreren Stellen schriftlich formuliert. Sie ist nur gegen rechts gerichtet. Von links her — die Kommunisten ausgenommen — hat der Minister ja volle Unterstützung. Starken Eindruck macht die Bemerkung, daß er volles Vertrauen zu dem französischen Außenminister Briand hat. Das Abrücken des deutschen Außenministers von den nationalistischen Verbänden ist den Worten nach gut, wenn nur nicht immer wieder Reichstagen diese guten Absichten aufzuheben machten. — Nun spricht Gehler, auch er gegen die politisierenden Verbände der Rechten. Er betont stark, daß die Reichswehr keinerlei Verbindungen mit den Rechtsradikalen haben dürfe. Der Reichswehrminister scheint sich nach jahrelanger Andauer auf seinem Posten nicht mehr recht sicher zu fühlen, und die Aufnahme seiner Rede wird ihm

## Neue Gehlertkomödie

Kenntnis von der „getarnten“ Reichswehr

Herr Reichswehrminister Gehlert hat gestern im Reichstage wieder erklärt, er wisse von den Verbindungen von der Reichswehr zu den „nationalen“ Verbänden nichts Positives. Es habe sich bei der Denkschrift des Jungdeutschen Ordens um keine positiven Angaben, sondern nur um einen Streit unter den nationalen Verbänden gehandelt. In dieser seltsamen Erklärung veröffentlicht heute der Jungdeutsche, das Organ des Jungdeutschen Ordens, den genannten Briefwechsel zwischen dem Hochmeister des Ordens, Mahraun, und dem Reichswehrminister Dr. Gehlert. Dadurch gerät die im Reichstag abgegebene Erklärung des Reichswehrministers in ein seltsames Licht. In einem ersten Brief Mahrauns vom 18. März 1926, der der sogenannten „Denkschrift“ vorausgeht, finden sich in der Veröffentlichung verschiedene punktierte Stellen. In ihnen ist im Original, wie wir zu wissen glauben, von „getarnten Reichswehrorganisationen“ die Rede. Herr Gehlert konnte also über den Inhalt und die Wichtigkeit der mitgeteilten Tatsachen nicht im geringsten im Zweifel sein. Er antwortete deshalb unter dem 28. März dem Hochmeister des Jungdeutschen Ordens das Folgende:

„Sehr geehrter Herr Mahraun! Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 18. März. Das übersandte Material war mir in seinen Grundzügen bereits bekannt, und es hat in letzter Zeit den Gegenstand wiederholter Besprechungen von Vertretern der Jungdeutschen mit meinen Beamten gebildet. Bei dieser Gelegenheit ist Ihnen und Ihren Herren eine Prüfung zugelegt. Ihre jetzige Anzeige ist mir ein neuer Beweis, daß ich jedes Zusammenarbeiten der Reichswehr mit Verbänden aller Art auf das schärfste bekämpfen muß, da sonst — ganz abgesehen von etwaigen außenpolitischen Schwierigkeiten — die Gefahr besteht, daß die Reichswehr in den Kampf der Abwärtigen und Eifersüchtigen dieser Verbände hineingezogen wird. Ich werde Ihre Anzeige daher den betreffenden Behörden zur wahren Kenntnis bringen. Hochachtungsvoll erhebt sich Gehlert.“

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß der Jungdeutsche Material über die Verbindung der Reichswehr mit den Verbänden eingereicht hat. Gehlert hat es selbst bestätigt. Nun leugnet er es im Reichstage ab! Er wußte von den „getarnten Reichswehrorganisationen“. Das Wort „getarnt“ kommt von Tarnfarbe, dem fälschlichen Helm, der seinen Träger unsichtbar macht. „Getarnte“ Reichswehr bedeutet also verteilte, verborgene, in Reichsverbänden maskierte Reichswehr. Gehlert hat das alles laufen lassen. Im Reichstage leugnete er es immer wieder ab, in der Praxis aber blühten die „getarnten“ Reichswehrorganisationen, die Schwarzweiche Reichswehr, die Kameradschaften und alle republikfeindlichen Bestrebungen in und um die Reichswehr. Gehlert ist für die Republik ein unheimlicher Mensch.

## Deutscher Reichstag

236. Sitzung, Dienstag 23. November

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die

Aussprache über die auswärtige Politik.

Verhandeln werden damit die deutschnationalen Interventionen über die Klagen der Regierung in Washington, der deutsche Antrag auf Kündigung der Locarno-Verträge und der Antrag aller bürgerlichen Parteien zur Kriegsschuldfrage.

Die Debatte begann mit einer gemeinsamen Erklärung der Regierungsparteien, nämlich des Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei, die der Abgeordnete Dr. Emminger verlas.

Es wird darin ausgeführt, daß die Regierungsparteien ihre Unterstützung der Außenpolitik gewähren, die die Verwirklichung Deutschlands erstrebt und die nach Überwindung wesentlicher Hindernisse den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ermöglicht hat unter Bedingungen, die im wesentlichen den Forderungen Deutschlands entsprechen.

Weiter billigen die Regierungsparteien die Haltung, die die deutsche Völkerverbunddelegation eingenommen hat, eine Haltung, die ebensowohl den Willen Deutschlands, lokal und aufbauend an den Arbeiten des Völkerverbundes teilzunehmen, als auch ihre unerschütterliche Streben nach Frieden und Gleichberechtigung Deutschlands unter den andern Völkern. Bei der entscheidenden Wichtigkeit, die die Frage der Abrüstung für die Zukunft des Weltfriedens und den Bestand des Völkerverbundes bedeutet, werde sich die Annäherung Deutschlands besonders auf

Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung

in rechtlicher und politischer Fortführung der uns anheim liegenden Abrüstung zu erwidern haben. Der Bericht des Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund zum Anknüpfen einer Allianz zu machen, deren weitere Entwicklung die Befähigung mit Frankreich